

Protokoll:	Ausschuss für Wirtschaft und Wohnen des Gemeinderats der Landeshauptstadt Stuttgart	Niederschrift Nr.	11
		TOP:	4
	Verhandlung	Drucksache:	11/2022
		GZ:	WFB
Sitzungstermin:	11.02.2022		
Sitzungsart:	öffentlich		
Vorsitz:	BM Fuhrmann		
Berichterstattung:			
Protokollführung:	Frau Sabbagh / pö		
Betreff:	Ausschreibung von Reinigungsleistungen und Hausmeisterdiensten für Grundstücke des Liegenschafts-amts		

Beratungsunterlage ist die Vorlage des Referats Wirtschaft, Finanzen und Beteiligungen vom 09.02.2022, GRDRs 11/2022, mit folgendem

Beschlussantrag:

1. Das Liegenschaftsamt wird beauftragt, diverse Reinigungsdienstleistungen für bebaute und unbebaute Liegenschaften sowie Hausmeisterdienste in den Flüchtlingsunterkünften neu auszuschreiben.

Das Gesamtauftragsvolumen für die nächsten vier Jahre beläuft sich auf rd. 39 Mio. EUR brutto (23 Mio. EUR brutto für die Reinigung und 16 Mio. EUR brutto für die Hausmeisterdienste in den Flüchtlingsunterkünften. Die Aufwendungen werden aus dem veranschlagten Budget des Liegenschaftsamts gedeckt.

2. Die Verwaltung wird ermächtigt, die Vergabeentscheidung ohne erneute Gremienbeteiligung vorzunehmen.

Die Beratungsunterlage ist dem Originalprotokoll sowie dem Protokollexemplar für die Hauptaktei beigelegt.

StRin Sklenářová (90/GRÜNE) weist darauf hin, dass es neben vergaberechtlichen Vorschriften, die laut Vorlage alle beachtet worden seien, auch Empfehlungen - bei Reini-

gungsdienstleistungen z. B. Reinigungsmittel, Gesundheitsschutz, Belastung des Abwassers - gebe. In den Leitlinien bezüglich der Nachhaltigkeitsstrategie stehe, dass Reinigungsdienstleistungen von vornherein als umweltfreundlich ausgeschrieben werden könnten. Sie regt an, dies bei künftigen Ausschreibungen zu beachten. Sie bittet um einen ausführlichen Bericht in einer der nächsten Sitzungen des Ausschusses, wie die Vergaben durchgeführt und die Kriterien gewichtet würden.

Nicht die Ausschreibungsregeln, sondern die Ausschreibung selbst spricht StR Dr. Jantzer (SPD) an. Hausmeister- und Reinigungsdienste in städtischen Liegenschaften seien nicht temporäre, sondern Daueraufgaben. Ihm stelle sich hier die Frage, inwieweit die Stadt geprüft habe, die Leistungen nur für einen Teil der Liegenschaften auszuschreiben und für einen anderen Teil selbst zu übernehmen.

StRin Tiarks (Die FrAKTION LINKE SÖS PIRATEN Tierschutzpartei) schließt sich an. Hier zeige sich, dass bei der Unterbringung von Geflüchteten nur kurzfristig gedacht werde. Da davon auszugehen sei, dass weiterhin Menschen hierher flüchteten, müssten langfristige Strategien entwickelt werden, um Hausmeister- und Reinigungsdienste aus städtischer Hand anbieten zu können.

BM Fuhrmann sagt den von StRin Sklenářová gewünschten Bericht, der auch die Nachhaltigkeit einbeziehe, zu. Da jedoch der Haushalt und insbesondere der Stellenplan gerade erst beschlossen worden seien, habe man aktuell keine Stellen für eigenes Reinigungspersonal zur Verfügung.

Herr Zügel (LiegA) ergänzt, schon vor einigen Jahren habe man einen Strategiewechsel vollzogen. Seither werde nur noch im Rathaus eigenes Personal für die Reinigung eingesetzt. Für die städtischen Immobilien gebe es eine geringe Anzahl von Hausmeistern. Hier sollte man erneut über einen Hausmeisterpool - in Kooperation mit dem Schulverwaltungsamt - nachdenken. Das Rechnungsprüfungsamt habe angemahnt, dass bei einer Fremdvergabe diese Leistungen aufgrund ihres Volumens ausgeschrieben werden müssten. Auf Nachfrage von StR Dr. Vetter (CDU) erläutert Herr Zügel zur Differenzierung zwischen Wohnheimen und Wohnungen, in denen Geflüchtete untergebracht seien, die Wohnungen befänden sich z. T. in Gebäuden, in denen noch andere Nutzungen stattfänden. Hier werde die Reinigung - Treppenhaus, Gehweg - extern vergeben.

Seine Fraktion habe sich bereits früher nach eigenem Personal erkundigt, merkt StR Conzelmann (SPD) an. Damals sei auf laufende Verträge verwiesen worden. Nachdem diese nun ausliefen, heiße es, dies müsse in den Stellenplanberatungen diskutiert werden. Nach Ansicht seiner Fraktion sollte dieses Thema einmal grundsätzlich beraten werden.

BM Fuhrmann stellt abschließend fest:

Der Ausschuss für Wirtschaft und Wohnen stimmt der Vorlage bei 4 Enthaltungen mehrheitlich zu.

Zur Beurkundung

Sabbagh / pö

Verteiler:

- I. Referat WFB
zur Weiterbehandlung
Stadtkämmerei (2)
Liegenschaftsamt (2)
weg. GR

- II. nachrichtlich an:
 1. Herrn Oberbürgermeister
 2. Referat AKR
Haupt- und Personalamt
 3. Referat JB
Schulverwaltungsamt (2)
 4. Rechnungsprüfungsamt
 5. L/OB-K
 6. Hauptaktei

- III.
 1. *Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN*
 2. *CDU-Fraktion*
 3. *SPD-Fraktion*
 4. *Fraktionsgemeinschaft Die FrAKTION
LINKE SÖS PIRATEN Tierschutzpartei*
 5. *FDP-Fraktion*
 6. *Fraktionsgemeinschaft PULS*
 7. *Fraktion FW*
 8. *AfD-Fraktion*

kursiv = kein Papierversand